

Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 16/21

10. Dezember 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

am Mittwoch war ein besonderer Tag. Wir haben Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt. Mit der Wahl von Olaf zum vierten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland beginnt nach 16 Jahren unionsgeführter Bundesregierung endlich ein neues Kapitel. Wir wollen wieder frischen Wind, Fortschritt und Erneuerung in unserem Land zulassen – mit einer mutigen Politik und einem neuen Regierungsstil. Das neue Bundeskabinett, das in



dieser Woche vereidigt wird, steht dafür. Aber auch als Koalitionsfraktionen stehen wir für diesen Aufbruch und wir wollen ihn mit unserer Arbeit im Parlament vorantreiben und entscheidend prägen. Aufgrund der Ereignisse am Wochenende möchte ich etwas Grundsätzliches voranstellen: Selbstverständlich kann und muss über Grundrechtseingriffe in demokratischen Gesellschaften debattiert und gestritten werden. Wenn jedoch unter dem Deckmantel der Grundrechteverteidigung Fackelträger vor Privathäusern aufmarschieren, ist das inakzeptabel und ein Schlag gegen unsere demokratischen Grundwerte. Petra Köpping, die dies in Sachsen ertragen musste, möchte ich persönlich meine Solidarität aussprechen. Petra hat unseren ganzen Rückhalt – genau wie alle anderen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, die sich insbesondere in den vergangenen Monaten der Pandemie vermehrt Hass und Hetze ausgesetzt sehen. Wir stellen uns dem gemeinsam und entschlossen entgegen!

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen!

Johannes Schraps

Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Die neun Bundesregierung
- Seite 3** — Landes- und Bundesmittel für den Städtebau in Holzminden
- Seite 4** — Covid-Pandemiebekämpfung
- Seite 5** — Bundesweite Aktion: Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen
- Seite 6** — Welt-Aids-Tag
— Palliativzentrum für Stadtoldendorf
- Seite 7** — Abschlussbericht von unserem Praktikanten Patrick Dehne
- Seite 8** — Themenüberblick Bundestag
- Seite 9** — Außerordentlicher SPD-Bundesparteitag

Ihr findet mich auch bei:



DIE NEUE BUNDESREGIERUNG

Vier Frauen, drei Männer: So sieht unser Regierungsteam nun aus. Und wie Olaf zurecht sagte: „Sicherheit wird in den Händen starker Frauen liegen.“

Weil die Hälfte der Gesellschaft Frauen sind, sollen sie auch die Hälfte der Macht haben. Unter den insgesamt 16 Bundesministerinnen und -ministern, die von den drei künftigen Koalitionspartnern gestellt werden, sind damit 8 Frauen vertreten.

Das Innenministerium wird von der hessi-

schen Fraktions- und Parteivorsitzenden Nancy Faeser geleitet. Sie hat das Thema bereits 12 Jahre lang als innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion intensiv bearbeitet. Verteidigungsministerin soll Christine Lambrecht werden, die zuletzt das Justiz- und –kommissarisch – auch das Familienministerium geleitet hatte. Als „Schlachtrösschen“ der Politik hat Olaf den alten und neuen Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil bezeichnet. Auf ihn warten auch wieder „große und wichtige Aufgaben“:



Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 €, die Weiterentwicklung für einen „starken, verlässlichen Sozialstaat“, stabile Renten. Hubertus will für sozialen Fortschritt arbeiten und für eine Gesellschaft, die zusammenhält.



Viele haben darauf gehofft, dass Karl Lauterbach Gesundheitsminister wird. Und viele von euch haben mich dazu auch angeschrieben. So ist es nun auch gekommen und somit haben wir einen exzellenten Fachpolitiker auf einem der wichtigsten Posten im Land. Er will dafür sorgen, dass aus dem guten Gesundheitssystem in Deutschland „ein noch viel besseres“ wird, wie Olaf es treffend bezeichnete. Um den wichtigen Bereich Bauen und bezahlbare Wohnungen wird sich Klara Geywitz kümmern. Die bisherige Umweltministerin Svenja Schulze soll künftig Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verantworten. Sie hat breite Erfahrung mit globalen

Themen und ist international vernetzt.

Koordiniert wird die Arbeit der Bundesministerien, die Verknüpfung zu den Koalitionsfraktionen und die Zusammenarbeit mit den Ländern durch Wolfgang Schmidt im Kanzleramt. Am Dienstag wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet. Die neue Regierung hat auch sofort am Mittwoch ihre Arbeit aufgenommen. Jetzt kann man endlich sagen: Die Arbeit kann losgehen. Ich freue mich auf die kommenden Jahre und die Umsetzung unserer Regierungspläne!

LANDES- UND BUNDESMITTEL FÜR HOLZMINDEN



dass Holzminden mit gleich 2 Fördergebieten (Altstadt Nord und Altstadt Süd) im Städtebauförderungsprogramm mit 242.000 Euro für 2021 berücksichtigt worden ist. In den nächsten 15 Jahren können für die beiden Fördergebiete insgesamt rund zwei Millionen Euro an Fördergeldern projektbezogen abgerufen werden. Aufgrund des anhaltenden Strukturwandels unserer Städte und Gemeinden, vor allem in den Bereichen Einzelhandel, Tourismus und Gastgewerbe, aber auch bei Kultureinrichtungen und Kirchen, braucht es zwingend innovative Ideen, neue Lösungsansätze sowie zukunftsweisende Nutzungskonzepte für unsere Innenstädte. In Holzminden kann nun viel entstehen!

Die Stadt Holzminden erhält Fördermittel in Höhe von insgesamt 2 Mio. Euro für die Innenstadtentwicklung aus Bundes- und

Landesmitteln. Das sind tolle Nachrichten aus Berlin und ein starkes Signal in unsere Region. Ich freue mich ganz besonders,

sungsansätze sowie zukunftsweisende Nutzungskonzepte für unsere Innenstädte. In Holzminden kann nun viel entstehen!



PANDEMIEBEKÄMPFUNG: AB JETZT HABEN WIR DIE ZÜGEL IN DER HAND

Das Infektionsgeschehen in Deutschland verharrt auf hohem Niveau. Ein Grund dafür ist die anhaltend hohe Anzahl an ungeimpften Personen. Studien belegen, dass das Ansteckungsrisiko vor allem unter Ungeimpften sehr hoch ist. Und auch ein Blick auf die Intensivstationen zeigt: Die große Mehrheit der Covid-Patientinnen und Patienten ist ungeimpft.

Gemeinsam gegen Corona

- **Hygienekonzepte**
- **Abstandsgebote**
- **Maskenpflicht**
- **2G / 3G**

SPD
Fraktion im
Bundestag



Raum – deutlich einschränken.

Besondere Verantwortung tragen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheits- und Pflegeberufen: Sie arbeiten mit besonders vulnerablen Menschen, die es zu schützen gilt. Deswegen führen wir die Impfpflicht für Beschäftigte in Alten- und Pflegeheimen, in Krankenhäusern, in Physiotherapie-Praxen oder Behinderteneinrichtungen ein. Zu gegebener Zeit werden wir im Bundestag

Ziel muss es sein, die Impfquote zu erhöhen, Kontakte mit und unter Ungeimpften einzuschränken und den Ländern Maßnahmen an die Hand zu geben, um vor Ort auf das Infektionsgeschehen reagieren zu können. Deshalb haben wir zusammen mit unseren Koalitionspartnern in dieser Woche das Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 eingebracht und heute verabschiedet.

Bis Weihnachten ist das Ziel: 30 Millionen Bürgerinnen und Bürger ermöglichen wir eine Erst-, Zweit- oder Auffrischungsimpfung. Diese Mammutaufgabe muss besser als zuletzt organisiert werden. Deshalb arbeitet schon vor der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler der im Kanzleramt neu angesiedelte

Bund-Länder-Krisenstab mit Hochdruck an der Impfkampagne sowie der Impfstoffbeschaffung und -verteilung. Im Bundestag haben wir diese Woche weitere Maßnahmen beschlossen, um die Infektionswelle zu brechen – und das in einem beschleunigten Verfahren, denn die Lage duldet keinen Aufschub: Flächendeckend haben wir 2G-Regeln eingeführt, auch für Gaststätten, Freizeitveranstaltungen und den Handel. Wir beschränken Großveranstaltungen und stellen sicher, dass bei hohen Inzidenzen Clubs und Diskotheken vorübergehend geschlossen werden. Da Ungeimpfte ein hohes Risiko tragen, am Virus zu erkranken und andere anzustecken, müssen wir deren Kontakte – auch im privaten

auch über eine allgemeine Impfpflicht entscheiden. Der Fraktionszwang wird aufgehoben, das Gewissen der Abgeordneten entscheidet.

Die angespannte Pandemie-Lage führt dazu, dass jetzt viele Kinder erkranken und in Quarantäne müssen, Veranstaltungen oder Weihnachtsmärkte abgesagt werden. Das fordert Familien heraus ebenso wie Selbstständige sowie Unternehmerinnen und Unternehmer. Daher werden wir natürlich auch diesen Winter die organisatorischen und wirtschaftlichen Folgen abfedern und die erprobten Instrumente wie das Kinderkrankentagegeld sowie die Wirtschaftshilfen über den Jahreswechsel hinaus verlängern.

GEWALT GEGEN FRAUEN – TATORT-SZENARIO IN HAMELN

Gemeinsam ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen setzen – ein TatortszENARIO am Senior-Schlägerplatz in Hameln.



Am Donnerstag, den 25. November war ich am Senior-Schläger-Platz in Hameln bei einer äußerst aufsehenerregenden Aktion zum Thema „Steigende Gewalt an Frauen“ dabei. Auf dem Gehweg nahe des Ufers an der alten Weserbrücke hatte der Arbeitskreis der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises ei-

beigehende Passanten auf schockierende Art und Weise darauf aufmerksam machen sollte, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein Thema des alltäglichen Lebens ist. Mit Kreide wurden die Umrisse eines weiblichen

nuten eine Frau oder ein Mädchen an den Folgen häuslicher Gewalt. Im gesamten Bundesgebiet sind 158.477 Opfer von Gewalt gemeldet worden. Laut UN-Women Deutschland ist die Dunkelziffer deutlich höher. Da



durch Corona eine starke Zunahme von häuslicher Gewalt zu erwarten ist, müssen wir Betroffene dazu ermutigen, ihr Schweigen zu brechen und ihnen gleichzeitig Hoffnung machen, sich Hilfe zu holen. Auch Familie, Nachbarn, Freunde, Verwandte und Kollegen sind

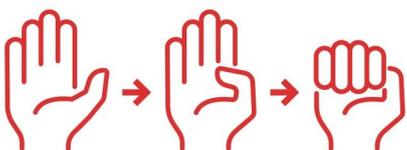
Körpers auf die Pflastersteine gemalt. Das gemeinschaftliche Projekt mit der Polizei Hameln, dem Frauenhaus Hameln e.V. und dem Weißen Ring setzt durch diese offensive Aktion ein Zeichen für mehr Solidarität und Zivilcourage mit den Betroffenen. Die drastische Darstellung des Tatorts sollte die Menschen für dieses Thema im besonderen Maße sensibilisieren und gleichzeitig zeigen, dass die Gewalt an Frauen und Mädchen bei uns kein Tabu-Thema sein darf.

Die aktuellen Zahlen sind alarmierend: Im privaten Umfeld starb im Jahre 2020 alle elf Mi-

dazu angehalten, Signale frühzeitig zu erkennen und Verdachtsfälle umgehend zu melden.

Hilfe und Unterstützung bekommen Betroffene sowie Hilfesuchende rund um die Uhr unter der kostenlosen Nummer 08000 116016 beim offiziellen Hilfetelefon oder unter www.hilfetelefon.de. Wenn telefonische Hilfe keine Möglichkeit ist, kann auch der Videocall ein Ausweg sein: Mit der Handbewegung, die ihr im Sharepic seht, können Opfer häuslicher Gewalt stillschweigend zeigen, dass sie Hilfe brauchen.

Das internationale non-verbale Hilfezeichen bei häuslicher Gewalt



Hilfetelefon
Gewalt gegen Frauen:
08000 116 016

SPD
Fraktion im
Bundestag

nen Tatort inszeniert, der vor-

1. DEZEMBER—WELT AIDS-TAG

Am 1. Dezember begehen wir den Welt-AIDS-Tag. Die rote Schleife, die ich auf dem Bild trage, ist ein Zeichen meiner Solidarität und Verbundenheit mit den Betroffenen.

Der Alltag von Trägerinnen und Trägern des HIV-Virus unterscheidet sich oft gar nicht von unserem, HIV ist nämlich heutzutage gut behandelbar. Dank Medikamenten kann man heute mit dem HIV-Virus alt werden und auch die weitere Übertragung verhindern. Das Problem für Betroffene ist also oft gar nicht



das Virus selbst, sondern Diskriminierung und Tabuisierung. Unbehandelt schädigt HIV jedoch die Abwehrkräfte des Körpers und führt meist zum Ausbruch der Krankheit AIDS, die tödlich endet. Wichtig ist deshalb, sich bei einem möglichen Kontakt mit HIV testen zu lassen. Wir müssen weiterhin Vorurteile abbauen und Präventionsarbeit leisten, um einerseits das Leben der Betroffenen zu erleichtern und andererseits die weitere Verbreitung des Virus zu verhindern.

HOSPIZ UND PALLIATIVZENTRUM FÜR STADTOLDENDORF

Ein lang gehegter Wunsch des Palliativnetzes Region Holzminden e.V. geht nun in Erfüllung. „Solling-Hospiz Christine Amalie“ soll es heißen und zukünftig auf dem Gelände des ehemaligen Charlottenstifts in Stadtoldendorf entstehen.

Gemeinsam mit Landtagskollegin Sabine Tippelt und der stellv. Bürgermeisterin von Stadtoldendorf Silke Böker bin ich der Einladung des Fördervereins Solling-Hospiz Christine Amalie e.V. und des Palliativnetzwerkes Region Holzminden e.V. gefolgt und war am 26. November bei der öffentlichen Präsentation im „Kesselhaus“ in Deensen zu den aktuellen Entwicklung des „Hospiz-Projektes“ dabei. „Sterbende zu begleiten, ist eine sehr wichtige gesellschaftliche Aufgabe“, mahnt Dr. Wolfgang Schwarz, Referent über Palliativmedizin, „denn am Ende allein zu sein, ist eine Katastrophe“.

Für viele Familien und Angehörige sterbenskranker Menschen ist die Pflege im häuslichen Umfeld oft nicht zu leisten. Sie können Hilfe



bei stationären Pflegeeinrichtungen und sogenannten klinischen Palliativstationen finden. In diesen Einrichtungen werden Menschen mit schweren, unheilbaren Erkrankungen liebevoll versorgt und betreut. Ziel ist es dabei, ihnen in angemessener Atmosphäre ein würdevolles Lebensende zu ermöglichen. Neben den Schwerpunktaufgaben Schmerztherapie und Symptomkontrolle wird insbesondere auf die sozialen und spirituellen Be-

dürfnisse der Patienten, aber auch der Angehörigen eingegangen. Die Notwendigkeit zur Errichtung eines Hospizes im Landkreis Holzminden ist der Tatsache geschuldet, dass Angehörige aktuell sehr lange Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen und die Aufnahmekapazitäten der nächstgelegenen Einrichtungen in Bad Pyrmont und Göttingen nur sehr begrenzt sind.

Als Befürworter und Unterstützer dieser Einrichtung setze ich mich insbesondere für die Weiterentwicklung der medizinischen Infrastruktur ein, um die vielgemahnte Versorgungslücke in der ambulanten Palliativmedizin in der Region Holzminden zu schließen.

Der Informationsabend diente aber auch dazu, finanzielle und ideelle Unterstützung für dieses wichtige Projekt zu bekommen. Hierzu wurde auch der neugegründete Förderverein vorgestellt, der einen Spendenanteil für das Hospiz generieren soll, um einen Teil der entstehenden Kosten zu decken.

ABSCHLUSSBERICHT VON PRAKTIKANT PATRICK DEHNE

Mein Name ist Patrick Dehne, ich bin 23 Jahre alt und komme aus Stadtoldendorf. Ab Anfang November habe ich im Anschluss an meinen Bachelor in Politikwissenschaft ein sechswöchiges Praktikum im Bundestags- und Wahlkreisbüro von Johannes absolviert. Das war eine tolle Gelegenheit, von der politischen Theorie direkt in die Praxis einzusteigen. In Berlin konnte ich Johannes zu mehreren Terminen begleiten und dabei Einblicke in viele spannende Themenfelder erhalten: Zum Beispiel habe ich Johannes zu einer Diskussions-



runde über die Nutzung der Blockchain-Technologie in der Mittelstandsfinanzierung begleitet und konnte dabei gleich hinter die Kulissen einer Live-Übertragung blicken. Bei einem Gespräch zwischen Johannes und dem moldauischen Botschafter habe ich Diplomatie hautnah erlebt. In mehreren Veranstaltungen und Zoom-Meetings habe ich spannende Einblicke in aktuelle europapoli-

tische Themen erhalten, unter anderem zur Situation in Belarus oder Bosnien und Herzegowina. Meine Zeit im Wahlkreis lief etwas anders als geplant: Durch die steigenden Fallzahlen wurden die meisten Termine abgesagt. Deshalb konnte ich Johannes leider nicht auf viele Termine im Weserbergland begleiten. Aber halb so schlimm, da Johannes im Rosa-Helfers-Haus in Hameln und im Martha-Warnecke-

Haus in Haulzminden auf ein tolles Team bauen kann und die Arbeit im Büro nie langweilig wurde. Im Wahlkreis habe ich viel über die verschiedenen Ebenen der Politik im Weserbergland und ihre Vernetzung gelernt. Sowohl im Bundestag als auch im Wahlkreis habe ich zahlreiche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern bearbeitet. Es hat viel Spaß gemacht, mich immer wieder in neue Themen einzuarbeiten, welche die Menschen beschäftigen. Während des gesamten Praktikums habe ich erlebt, wie wichtig und bereichernd der direkte

Kontakt von Johannes und seinem Team zu den Menschen im Wahlkreis ist.

Ich möchte mich ganz herzlich bei Johannes, aber auch bei Irina, Lea und Philipp (Team Berlin) und bei Heike, Alexandra und Martin (Team Wahlkreis) bedanken. Das Praktikum war sehr interessant, voller neuer Eindrücke und Anregungen und insgesamt ein toller Start ins Gap-Year zwischen Bachelor und Master.

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Wirtschaftsstabilisierungsfonds wird verlängert

Mit einer Fristverlängerung beim Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) werden die Voraussetzungen geschaffen, dass große Unternehmen in Deutschland über das Jahresende hinaus staatliche Mittel erhalten können. Der Fonds wurde bereits im März

2020 eingerichtet, um die für unseren Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt besonders wichtigen Unternehmen finanziell zu stabilisieren.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Corona-Pandemie hatte die EU-Kommission bereits im November den befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen bis Ende Juni 2022 verlängert. Mit dieser Zusage kann Deutschland jetzt seine Corona-Hilfsprogramme fortführen.

Für die Anträge haben die Unternehmen nun bis zum 30. April 2022 Zeit. Bisher bestand keine Antragsfrist. Mit der festgelegten Antragsfrist wird sichergestellt, dass auch bei einer längeren Antragsberatung von durchschnittlich sechs Wochen die Bewilligung noch rechtzeitig vor



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Auslaufen des WSF erfolgen kann. Grundsätzlich werden die Fördertöpfe verkleinert, da die bereitstehenden Mittel bei Weitem nicht ausgeschöpft werden. Der Gesetzentwurf von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird in 1. Lesung beraten.

Ganztagsbetreuung.

Frist für Beschleunigungstopf wird verlängert. Grundschülerinnen und Grundschüler werden ab dem Jahr 2026 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung erhalten. Beginnend mit der ersten Klasse soll der Rechtsanspruch dann stufenweise auf die Klassenstufen zwei bis vier ausgebaut werden. Dafür hat der Bund bereits im Dezember 2020 ein Sondervermögen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro

eingerichtet. Um den Ausbau der dafür erforderlichen Infrastruktur zu beschleunigen, wurden Ländern und Kommunen 750 Millionen Euro vorab zur Verfügung gestellt. Diese Mittel müssten nach derzeitiger Rechtslage jedoch bis zum 31. Dezember

2021 abgerufen werden.

Mit der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern waren jedoch die langfristigen Folgen der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 noch nicht vorherzusehen – in der Folge auch nicht die Verzögerung bei der Umsetzung der Maßnahmen. Daher ist jetzt eine Änderung des Ganztagsfinanzierungsgesetz und Ganztagsfinanzierungshilfegesetz notwendig. Durch die Laufzeitverlängerung um ein Jahr kann das Programm seine konjunkturstärkende Wirkung weiter halten. Die Verlängerung soll sicherstellen, dass mehr Mittel verausgabt werden können. Wir wollen zudem den Abruf bereitgestellter Mittel vereinfachen, indem wir Basis- und Bonustopf zusammenführen.

AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG/ KOALITIONSVERTRAG



Am Wochenende haben wir bei unserem außerordentlichen Bundesparteitag unser Ampel-Koalitionsvertrag diskutiert und dann mit großer Mehrheit zugestimmt. Damit haben wir einen weiteren Schritt in Richtung unserer Regierung des Fortschritts gemacht.

Der Koalitionsvertrag legt die Grundlage für einen Aufbruch für Deutschland in ganz entscheidenden Bereichen:

- Wir stärken den Respekt in unserer Gesellschaft, in dem wir unter anderem den Min-

destlohn auf 12 Euro erhöhen und ein Bürgerinnen- und Bürgergeld einführen.

- Wir sorgen für bezahlbares Wohnen, in dem wir 400.000 neue Wohnungen bauen und die Mietpreisbremse verlängern.
- Wir wollen bis spätestens Ende 2045 klimaneutral werden, indem wir die Erneuerbaren Energien massiv ausbauen und die nachhaltige Mobilitätswende vorantreiben.
- Wir sichern und stabilisieren die Rente und schließen Renten Kür-

zungen sowie eine Anhebung des Renteneintrittalters aus.

- Wir sorgen dafür, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss und führen eine Kindergrundsicherung ein.
- Wir verbessern die Arbeitsbedingungen in der Pflege und sorgen für eine bessere Bezahlung.
- Wir modernisieren die Verwaltung, machen sie einfacher und digitaler
- Mit dem Digitalpakt 2.0 ermöglichen wir den Schulen den Sprung in die digitale Welt des 21. Jahrhunderts.



Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

johannes.schraps.wk@bundestag.de

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva